

Alle gegen Initiative der Jung-SVP

Die «Anti-Stauintiative» soll mit einem autofreundlichen Gegenvorschlag zur Abstimmung kommen.

Die Luzerner Stimmberechtigten können entscheiden, wie stark das Strassennetz auf die Bedürfnisse des privaten Auto- und Camionverkehrs ausgerichtet wird. Der Kantonsrat hat der «Anti-Stauintiative» der Jungen SVP einen autofreundlichen Gegenvorschlag gegenübergestellt.

In der Debatte vom Dienstag sprachen sich alle Fraktionen des Kantonsrats gegen die Initiative aus. Zur Erinnerung: Diese richtet sich gegen die Reduktion der Kapazität auf Kantonsstrassen und will einseitig den motorisierten Individualverkehr bevorzugen, der aus Sicht der Initianten immer mehr eingeschränkt wird. Ein Dorn im Auge sind ihnen Spurabbauten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Langsamverkehr etc.

Das Volksbegehren fokussierte zu stark auf das Auto und sei mit anderen verkehrs- und umweltpolitischen Grundsätzen nicht vereinbar, lautete der Tenor in der Debatte. Josef Wyss (Mitte) sagte, die Initiative wür-



Stau hat niemand gerne. Doch verschwindet er so?

Symbolbild: Severin Bigler

de dem Kanton zu enge Fesseln anlegen. Die bürgerlichen Fraktionen sahen in der Initiative aber dennoch auch «gerechtfertigte Anliegen», wie etwa Martin Birrer (FDP) sagte.

Gegenvorschlag zu wenig autofreundlich

Mitte, SVP und FDP sprachen sich deswegen dafür aus, in der Volksabstimmung der Initiative einen Gegenvorschlag gegen-

überzustellen. Der von der Regierung ausgearbeitete Gegenvorschlag war den Bürgerlichen aber zu wenig autofreundlich. Die Regierung bekannte sich darin zwar zur Leistungsfähigkeit der Kantonsstrassen. Sie fokussierte aber nicht auf das Auto, denn die Strassen sollen allen dienen. Daniel Keller (SVP) erklärte, das dränge den Autoverkehr zurück.

Auf mehr Sympathien stiess im bürgerlichen Lager der Gegenvorschlag der vorbereitenden Kommission. Demnach sorgt der Kanton für «ein leistungsfähiges Strassennetz für den strassengebundenen Privat- und Wirtschaftsverkehr». Der motorisierte Individualverkehr solle im Rahmen der Gesamtmobilität «bedarforientiert» berücksichtigt werden.

Bei der Ratslinken kamen Initiative und beide Gegenvorschläge schlecht an. Isabella Schwegler-Thürig (SP) sagte, Stau könne mit sicheren Radwegen und einem günstigen und flächendeckenden öffent-

lichen Verkehr verhindert werden.

Ratslinke: Mehr ÖV als Lösung des Problems?

Die Rechte der Autofahrer dürfen nicht über die der anderen gestellt werden. Gegen Initiative und Gegenvorschläge angeführt wurden auch umweltpolitische Argumente. Die Klimaziele dürfen nicht noch weiter nach hinten katapultiert werden, sagte Judith Schmutz (Grüne).

In der Abstimmung setzte sich mit 73 zu 40 Stimmen der autofreundlichere Gegenvorschlag durch. Die Warnung von Baudirektor Fabian Peter (FDP), dass damit Rechtsunsicherheiten geschaffen würden, drang nicht durch. Mit 79 zu 23 Stimmen sprach sich der Rat zudem dafür aus, die Volksinitiative abzulehnen. Die SVP votierte hier aus taktischen Gründen für das Volksbegehren, wie ein Sprecher erklärte. Die Schlussabstimmungen werden erst nach der zweiten Lesung des Gegenvorschlags durchgeführt. (sda)

Kantonsgerichtspräsident bestätigt

Parlament Der Präsident des Luzerner Kantonsgerichts heisst weiterhin Peter Schumacher. Der Kantonsrat hat den Mitte-Vertreter am Dienstag im Amt bestätigt. Schumacher erhielt bei einem absoluten Mehr von 57 Stimmen 87 Stimmen. Auf Patrick Müller (SVP) entfielen 25 Stimmen. Dieser wurde aber im Amt des Vizepräsidenten bestätigt, und zwar bei einem absoluten Mehr von 47 Stimmen mit 69 Stimmen. Die SVP war mit einem Gegenkandidaten angetreten, weil ihrer Meinung nach die Mitte zu lange das Präsidium stelle. Bislang sei es üblich gewesen, dass dieses alle zwei Jahre zwischen den grössten Parteien – Mitte und SVP – alterniere. (sda)

Stellungnahme: «Weder fair noch guter Stil»

Reiden 2,5 Millionen Franken Schadenersatz fordert die Badi Reiden AG von der AK Bautreuhand, der die Bauherrenvertretung bei der ersten Sanierungs- etappe der Badeanstalt anvertraut war (Ausgabe vom 18. März). Der Verwaltungsrat der Badi hat der Firma eine Frist bis Ende März eingeräumt, um zur 80-seitigen Schadenersatzforderung Stellung zu nehmen. Sonst werde der Rechtsweg bestritten, hiess es an der Medienorientierung.

Urs Spichtig, Geschäftsführer der AK Bautreuhand aus Kriens, hat dem Zofinger Tagblatt nach der Publikation des Artikels über die Orientierung eine Stellungnahme zukommen lassen. An den Aussagen des VR der Badi Reiden störten ihn folgende Punkte, schreibt Spichtig: «Die AK Bautreuhand AG war als Bauherrenvertreterin tätig und nicht als Bauleitung. Der Anwalt der Badi Reiden AG und unser Anwalt haben sich jeweils einvernehmlich über die Fristerstreckungen verständigt. Eine sorgfältige Auseinandersetzung mit der 80-seitigen Schadenersatzforderung benötigt entsprechend Zeit. Schliesslich wollen wir unmissverständlich darlegen, warum die Sicht des VR der Badi Reiden AG nicht stichhaltig ist. Über die Gründe, warum der VR jetzt, kurz vor der Abgabe unserer Stellungnahme, unseren Namen und den Inhalt der Schadenersatzforderung publik macht, kann ich nur spekulieren. Bislang haben sich die Anwälte darauf geeinigt, dass nichts zum Inhalt der Schadenersatzforderung an die Öffentlichkeit tritt, bevor wir uns zu den Forderungen äussern konnten. Das Vorpreschen des VR der Badi Reiden AG zeugt weder von Fairness noch von gutem Stil. Die Aussage, die AK Bautreuhand habe damals drauflosgebaut, als gäbe es kein Morgen, entbehrt jeglicher Grundlage. Sowohl der damalige VR wie auch der Gemeinderat waren über den Zusatzaufwand der Sanierungsmassnahmen bestens im Bild. Die Zusatzleistungen wurden auch vom damaligen VR freigegeben.» (zt)

GLP auf Tour beim Gewerbe

Interessierte aus Politik und Wirtschaft trafen sich bei der Dettwiler Metallbau AG in Langnau zu Führung und Gedankenaustausch.

Adelheid Aregger

Vor Ort begrüsst Dettwiler-Firmenchef Peter Widmer die Gäste, unter ihnen den Reider Gemeindepräsidenten Josua Müller. «Wir Grünliberale haben das erste Ziel erreicht und unsere Wahlliste mit acht super motivierten Leuten verschicken können», sagt Parteipräsident Julian Wiederkehr. Die GLP tritt an den Wahlen zum ersten Mal im Wahlkreis Willisau an.

Er nannte Thiam Lütolf aus Wikon als den von seiner Partei unterstützten Spitzenkandidaten, einen vielseitig interessierten Grünliberalen, der vor allem eine offene Aussenpolitik befürwortet. Lütolf wolle zudem fossile Energieträger möglichst durch erneuerbare Energiequellen ersetzen und durch den Bau von Photovoltaik-Anlagen und Windkraft-Projekte den Arbeitsmarkt beleben.

Im Podiumsgespräch nach der Führung durch die ganze Firma diskutierten Lukas Brunner von der SP, Thiam Lütolf und CEO Peter Widmer über den Wirtschaftsstandort im Luzerner Hinterland und über Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie. «Wir streben im Kanton Luzern eine nachhaltige Wirtschaft mit attraktiven Unternehmungen an», sagte Julian Wiederkehr, «und setzen auf die Windkraft als umweltfreundliche Energiequelle.»

Der zweite Kandidat Lukas Brunner (SP) will durch die Chancengleichheit bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern und durch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie Haushalte mit geringem Einkommen entlasten. Wichtig für ihn sind auch ein gesundes Steuer-

system und die Biodiversität in der Natur.

Langnauer Firma feierte 2022 ihren 60. Geburtstag

Viel Platz an diesem Abend nahm die Dettwiler Metallbau AG ein, die letztes Jahr ihr 60-Jahr-Jubiläum gefeiert hatte. «Wir sind ein reiner Dienstleistungsbetrieb mit einem topmodernen Maschinenpark auf dem neuesten Stand der Entwicklung», begann Inhaber und CEO Peter Widmer seine Führung durch die blitzblanken Fabrikationsräume, wo Anfang der Achtzigerjahre noch alles nach Schablonen manuell hergestellt und 1985 die erste Maschine gekauft worden sei. «Es war megaspannend, 1988 die ganze Entwicklung mit der beginnenden Digitalisierung mitzuerleben», sagte er und freute sich, dass seine Firma unter den vielen Lehrlingen 2005 sogar den Vize-Weltmeister gestellt habe.



Die Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen (v.l.n.r.): Zora Walthert, Fabio Banz, Chiara Krauer und Kevin Schmidli. Bild: Esther Müller

Grüne im Wiggertal unterwegs

Wiggertal Am vergangenen Freitag waren die Kantonsrat-Kandidatinnen und -Kandidaten der Grünen im unteren Wiggertal unterwegs. An den Bahnhöfen von Nebikon und Reiden haben sie zur Stosszeit Flyer verteilt, auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht und die Pendlerinnen und Pendler motiviert, an den kommenden Wahlen ihre Stimme abzugeben.

Dabei haben sich kurze, spannende Gespräche ergeben zu den grossen Herausforderungen zum Schutz von Klima und Umwelt. Mit einer konsequenten Klimapolitik und zukunftsgerichteten Ideen reagieren die Grünen bereits seit langem auf diese Herausforderungen und werden sich auch in den nächsten vier Jahren im Kantonsrat dafür einsetzen. (pd)

Gesetzesinitiative chancenlos

Parlament Eine Volksinitiative der Grünen, die sich für attraktive Dorfzentren einsetzt, kommt ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Der Kantonsrat hat sich gestern sowohl gegen das Volksbegehren «Attraktive Zentren» wie auch den Gegenvorschlag vor, der die Gemeindeautonomie respektierte. Die Gesetzesinitiative fordert, dass die Ortszentren entlang von Kantons- und Gemeindestrassen

siedlungsverträglich zu gestalten sind. Sie sollen wieder Treffpunkte werden. Die Bürgerlichen und die Regierung kritisierten, dass die Initiative in die Gemeindeautonomie eingreife. Die Regierung legte deswegen einen Gegenvorschlag vor, der die Gemeindeautonomie respektierte. Dieser wurde vor allem von Mitte und FDP unterstützt. SVP, SP und Grüne lehnten ihn ab. (sda)



Der CEO der Dettwiler Metallbau AG, Peter Widmer, (rechts) referiert über die Entwicklung der Firma. Links die Gäste, darunter einige Kantonsratskandidaten der GLP Wahlkreis Willisau. Bild: Adelheid Aregger